

Wetterauer Kreistag will allen Jugendlichen den Besuch einer Gedenkstätte eines Konzentrationslagers ermöglichen

Alle Jugendlichen im Wetteraukreis sollen während ihrer Schulzeit Gelegenheit erhalten, die Gedenkstätte eines Konzentrationslagers zu besuchen. Diese Absichtserklärung zusammen mit dem entsprechenden Auftrag an den Kreisausschuss beschloss der Kreistag des Wetteraukreises mit den Stimmen aller Abgeordneten der demokratischen Parteien. Der Kreisausschuss soll jetzt mit Schulamt und Schulen Wege zur Verwirklichung dieses Vorhabens und Finanzierungsmöglichkeiten suchen.

Dieser Beschluss hat eine lange positive Tradition.

Im ersten rot-grünen Koalitionsvertrag eines hessischen Landkreises war auf Initiative der Grünen festgeschrieben worden, dass der Besuch von Gedenkstätten des nationalsozialistischen Terrors vom Wetteraukreis finanziell unterstützt wird. Damals meinte die CDU noch, dieses Vorhaben unter der Überschrift „Schüler sollen im KZ übernachten“ kommentieren zu müssen.

Die Zeiten ändern sich: Bei den Haushaltsberatungen vor drei Jahren beantragte die NPD, den Zuschussbetrag im Kreishaushalt zu streichen. Ihr Sprecher – der damalige NPD-Landesvorsitzende Wöll – sprach in seiner Antragsbegründung von „sogenannten Gedenkstätten des nationalsozialistischen Terrors“, oder von „Stätten des sogenannten nationalsozialistischen Terrors“. Das brachte ihm eine Haftstrafe auf Bewährung ein. Dieser Antrag mit seiner Begründung führte im Kreistag zu einhelliger Empörung; der damalige Kämmerer des Wetteraukreises, CDU-Kreisbeigeordneter O. Veith, beantragte spontan die Verdoppelung des Betrages im Kreishaushalt und erhielt dafür die Zustimmung aller demokratischen Parteien.

Inzwischen besuchen seit vielen Jahren sehr viele Schulklassen vor allem die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Buchenwald bei Weimar. Einige Schülergruppen besuchen auch die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz.

Der jüngste Beschluss des Kreistages, den Besuch allen Jugendlichen zu ermöglichen, ist Ergebnis einer Reise von Kreispolitikern des Wetteraukreises zusammen mit Jugendlichen des Kreisschülerrates nach Auschwitz im vergangenen Herbst. Die Eindrücke während dieser Fahrt führten zu diesem Beschluss und etlichen weiteren Aktivitäten. Die Studienfahrten nach Auschwitz werden in der Regel organisiert und unterstützt von der „Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitzer“. Dieser

Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, regelmäßig Studienfahrten nach Auschwitz zu organisieren, ehemalige Häftlinge in Polen finanziell zu unterstützen und durch Veranstaltungen und Gedenkfeiern an den nationalsozialistischen Völkermord zu erinnern. Gegründet wurde der Verein von dem ehemaligen Auschwitzhäftling Hermann Reineck, der nach dem Auschwitzprozess, in dem er als Zeuge ausgesagt hatte, in Münzenberg in der Wetterau seinen ständigen Wohnsitz hatte.

Der Beschluss des Kreistages hat über die Bedeutung für die Schulen hinaus eine wichtige Signalwirkung. Die Wetterau war immer wieder ein Sammelpunkt des Rechtsradikalismus.

Jahrelang wurde die NPD aus der Bergbaugemeinde Wölfersheim aus von einem Aktivist aktiviert. Später nahm für einige Jahre NPD-Wöll in einem Butzbacher Stadtteil seinen Wohnsitz; jetzt versuchen Anhänger sog. Kameradschaften kleinen Gemeinden Fuß zu fassen.

Mit seinem Beschluss hat der Kreistag den verschiedenen Anti-Nazi-Initiativen ein Signal gesetzt, dass sie von der Wetterauer Politik deutlich und Aktiv unterstützt werden.

Uwe Hartwig, Januar 2011